

V0929/23

Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2024
(Referent: Herr Müller)

Antrag:

Die Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses mit Stellenplan für das Jahr 2024 werden genehmigt.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	16.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Vorberatung
Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 29.11.2023

Stadtrat Wittmann verweist auf die Sitzung des RPA und merkt an, dass für das Jahr 2024 ein Minus von 170.000 Euro für das Peter-Steuart-Haus prognostiziert worden sei. Er verweist aber auch zugleich auf die in der Beschlussvorlage aufgeführten 2.300 Euro Überschuss. Insofern sei hier etwas nicht korrekt. Stadtrat Wittmann bittet um eine konkrete Klarstellung.

Herr Müller betont, dass in der Sitzung der Jahresabschluss 2022, mit der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt vorgelegen sei. Hier sei möglicherweise ein Ausblick zum Jahresabschluss 2023, zum laufenden Jahr, erfolgt. Herr Müller habe gesagt, dass voraussichtlich im Vergleich zum Abschluss 22, welcher bei rund 240.000 Euro liege, etwa nur von dem halben Defizit auszugehen sei. Für 2024 liege man dann bei einer schwarzen Null. Er stellt klar, dass definitiv für das Jahr 2024 an keiner Stelle ein Betrag von 170.000 Euro Defizit genannt worden sein.

Herr Stefan merkt an, dass er die Angaben nicht parat habe, aber eine Klärung bis zur Stadtratssitzung zusichere.

Stadtrat Stachel habe die Zahl 170.000 Euro Defizit schon im Kopf. Er glaube, dass es sich um die Zahl für das Jahr 2023 handelt. Stadtrat Stachel bittet um eine Klarstellung der Unstimmigkeiten durch Herrn Stefan. Er merkt an, dass dies bereits Thema bei der Waisenhausstiftung gewesen sei. Vom Zahlenmaterial her fehle die Perspektive, wie man zukünftig wieder auf eine schwarze Null komme. Insofern sei sich Stadtrat Stachel nicht ganz sicher, wo diese schwarze Null plötzlich herkomme.

Für Stadtrat Deiser erschließe sich nicht die Fortschreibung der Personalkosten für die Jahre 25, 26 und 27. Aufgrund von Sonderzahlungen und der Tarifierhöhung gebe es einen großen Sprung. Er weist darauf hin, dass die Personalkosten 85 Prozent der Gesamtkosten betragen. Wenn man irgendetwas machen könne, dann bei den Personalkosten. Die restlichen 15 Prozent seien fast unerheblich in diesem Zusammenhang. Die Frage sei, wie eine Erhöhung von nur 1 und 1,9 Prozent eingerechnet werden könne, wenn in der freien Wirtschaft von bis zu vier Prozent jährlich ausgegangen werde. Für Stadtrat Deiser könne dadurch kein Jahresergebnis mit einer Null oder besser erzielt werden, sondern liege dann mindestens bei 180.000 Euro Minus. Dies sei nicht herausgegriffen, denn man habe diese Erfahrung bereits mit einer anderen Stiftung, welche über Jahre große Defizite eingefahren habe.

Da es sich um eine Vorberatung handelt, regt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dies für die Stadtratssitzung aufzubereiten und nochmals vorzutragen. Eine endgültige Beschlussfassung erfolge im Stadtrat.

Der Antrag wird zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.